



*Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema:
„Sicherheitslücken bei Demonstrationen am ersten Maiwochenende in Saalfeld,
Erfurt und Weimar - Fehler des Thüringer Ministeriums für Inneres und
Kommunales bei der Bewertung der Sicherheitslage?“*

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

- Drucksache 6/620 -

Präsident Carius:

Vielen Dank. Das Wort hat nun der Kollege Henke für die Fraktion der AfD.

Abgeordneter Henke, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Abgeordnete, werte Gäste! Sicherheit ist ein elementares menschliches Bedürfnis und das Grundrecht jedes Bürgers. Sie ist die Grundlage der Ausübung anderer Rechte, zum Beispiel der freien Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit. Eine Gefährdung der Sicherheit der Thüringer Bürger ist deshalb ein ernstes und sehr wichtiges Thema. Sie tangiert Grundrechte und ist nicht hinzunehmen. Zu einer solchen fundamentalen Sicherheits- und damit Grundrechtsgefährdung kam es in Thüringen am ersten Maiwochenende insbesondere in Saalfeld und Weimar. In Saalfeld gab es am 1. Mai Übergriffe auf Unbeteiligte und Polizisten. Die Rechtsextremen der Partei „Der III. Weg“ begingen Landfriedensbruch und die Autonomen warfen Flaschen und Steine auf Rechtsextreme wie auf Polizeibeamte. Es wurden 23 Personen verletzt, unter ihnen 19 Polizisten.

In Weimar wurde ebenfalls am 1. Mai eine friedliche DGB-Demo von Rechtsextremisten – die meisten von ihnen aus Sachsen und Brandenburg – gestürmt. Mehrere Redner wurden verletzt.

Saalfeld, Weimar zeigen vor allem eines: Der Personalabbau bei unserer Polizei gefährdet die Sicherheit und Grundrechte der Bürger des Freistaats Thüringen. In Saalfeld, wo nach den Worten des Innenministers 50 bis 100 Neonazis unbegleitet durch die Stadt ziehen konnten, zeigt sich, was passiert, wenn man an der Sicherheit spart und mehr und mehr auf die Unterstützung aus anderen Bundesländern angewiesen ist.

Eine Hundertschaft aus Hessen ist kurzfristig wegen der dortigen Terrorwarnung ausgefallen und konnte den Thüringer Bereitschaftspolizisten nicht wie vorgesehen helfen. So kam es dazu, dass Extremisten unbegleitet durch Saalfeld spazieren konnten und mehrere Personen verletzten. In Weimar gibt es Hinweise darauf, dass sich Rechtsextremisten gezielt auf die DGB-Demo in der Goethe- und Schiller-Stadt vorbereitet haben, weil sie um die angespannte Einsatzlage und die wenigen

Polizeibeamten in Weimar wussten.

Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich, weiterhin am Personalabbau bei der Thüringer Polizei festzuhalten. Dieser schreitet auch unter der neuen Landesregierung trotz der angekündigten Aussetzung in 2015 weiter voran. Jährlich müssten 150 Polizisten neu eingestellt werden, um allein die Zahl der Altersabgänge zu kompensieren. Bei der bei besonderen Gefährdungslagen, wie zum Beispiel Demonstrationen von Rechts- oder Linksextremen, eingesetzten Bereitschaftspolizei sind aktuell 85 Stellen unbesetzt. Das führt dazu, dass zum Beispiel bei Demonstrationen dafür gar nicht ausgebildete Kontaktbereichsbeamte zur Unterstützung der Bereitschaftspolizei eingesetzt werden, die dann wiederum vor Ort in den Kommunen fehlen. Wer den Personalabbau bei der Thüringer Polizei unterstützt, gefährdet also die Sicherheit und die Freiheit unserer Bürger.

(Beifall AfD)

Wenn Ihnen etwas an der Sicherung der demokratischen Grundrechte, vor allem des Rechts der Versammlungsfreiheit und der freien Meinungsäußerung gelegen ist, dann stoppen Sie den Personalabbau jetzt.

(Beifall AfD)

Ansonsten verraten manche von Ihnen nur ihr Fremdeln mit der Demokratie. Dass es manchen in den Koalitionsfraktionen und in der Regierung nicht um eine Stärkung derselben geht, zeigt übrigens auch der Umgang mit der AfD im Zusammenhang mit den Ereignissen von Weimar. Bei der vorbereiteten gemeinsamen Erklärung der Landesregierung, der Regierungsfractionen und der CDU zu den Vorfällen in Weimar wurden wir nicht einmal gefragt. Selbst die herausgegebene Pressemitteilung wurde uns nicht zugeschickt. Für eine Nachfrage war der Pressesprecher nicht zu erreichen. Das sagt schon vieles über das Demokratieverständnis von manchen auf den Koalitionsbänken.

(Beifall AfD)

Vor diesem Hintergrund kann es durchaus sein, dass Ihnen gar nicht so sehr daran liegt, die Polizei personell so auszustatten, dass sie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in unserem Land gewährleisten kann. Der Souverän wird bei der nächsten Wahl seine Schlussfolgerung daraus ziehen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Und nie wieder die AfD wählen!)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Henke. Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Marx für die SPD-Fraktion.